



HESSISCHER LANDTAG

16. 04. 2013

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Rechtsextremismus in Justizvollzugsanstalten wirksam bekämpfen, statt Probleme zu leugnen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass aus der hessischen JVA Hünfeld ein weithin bekannter Neonazi ungehindert ein Gefangenennetzwerk gründen konnte und dass dieses lange Zeit unbehelligt von den Behörden operieren konnte.
Das Beispiel dieses Netzwerks zeigt, dass Rechtsextreme auch nach dem Verbot der "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörigen (HNG)" weiterhin die Justizvollzugsanstalten als Rekrutierungsort nutzen. Diesem Treiben muss wirksam und entschlossen entgegen getreten werden.
2. Der Landtag ist beunruhigt, dass das Landesamt für den Verfassungsschutz (LfV) den Aufruf zur Gründung dieses Gefangenennetzwerkes mit offensichtlich rechtsextremistischem Hintergrund in der Zeitschrift "Biker News" vom Oktober 2012 nicht zutreffend eingeordnet hat, obwohl das LfV diese Zeitschrift als Quelle wahrnimmt. Die Anzeige enthielt eine Vielzahl rechtsextremer Codes und Verweise auf den rechtsextremen Hintergrund der Initiative des bekanntermaßen rechtsextremen Autors.
3. Der Landtag kritisiert, dass der hessische Justizminister Jörg Uwe Hahn die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in diesem Fall an die Öffentlichkeit brachte und damit die Ermittlungen in Hessen und in anderen Bundesländern gefährdet. Insbesondere kritisiert der Landtag, dass der hessische Justizminister Jörg-Uwe Hahn zugleich dem Landtag erklärte, das Landesamt für Verfassungsschutz brauche die Zeitschrift "Biker News" nicht zu kennen.
4. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung bisher dem Rechtsextremismus im Justizvollzug zu wenig Beachtung geschenkt hat. Ein Grundproblem ist, dass die Landesregierung - ausweislich der Antwort auf die Große Anfrage (Drs. 18/6557) zum Thema - nur solche Rechtsextremen in den Justizvollzugsanstalten wahrnimmt, die wegen rechtsextremistischer Straftaten verurteilt sind. Die Landesregierung verkennt dabei, dass Straftaten oft nicht als politisch motiviert gewertet werden und dass auch Gefangene, die nicht wegen rechtsextremistisch motivierter Taten verurteilt sind, rechtsextremistischem Gedankengut anhängen können.
5. Der Landtag begrüßt, dass die hessischen Justizvollzugsanstalten mit zahlreichen Fortbildungsangeboten ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Thema Rechtsextremismus sensibilisieren. Diese Arbeit muss weiter unterstützt und verstärkt werden. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alles Erforderliche zu unternehmen, um rechtsextreme Aktivitäten in hessischen Justizvollzugsanstalten dauerhaft zu unterbinden. Der Landtag fordert die Landesregierung insbesondere auf, folgende Schritte zu veranlassen:
 - Die Landesregierung wird aufgefordert, die Erfahrungen der Justizvollzugsanstalten mit rechtsextremen Gefangenen differenzierter und gezielter als bisher zu erfassen und die Berichte des Kriminologischen Dienstes entsprechend zu erweitern.

- Angesichts des erneuten Versagens bei der Beobachtung rechts-extremistischer Umtriebe muss das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) durch besondere Maßnahmen in die Lage versetzt werden, rechtsextreme Tendenzen wirksam zu beobachten und zu identifizieren. Zu diesem Zweck müssen in dem Gebiet Rechtsextremismus besonders qualifizierte Mitarbeiter eingesetzt werden. Zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen für alle Mitarbeiter des LfV über rechtsextreme Codes und Taktiken sind unerlässlich, damit das LfV seinen Aufgaben nachkommen kann.
- Dem Landesamt für den Verfassungsschutz (LfV) und den Strafverfolgungsbehörden wird aufgetragen, die Übermittlung von Erkenntnissen über zu Haftstrafen verurteilte Rechtsextreme an die betroffenen Justizvollzugsanstalten zu veranlassen. So werden die Justizvollzugsanstalten in die Lage versetzt, rechtsextreme Aktivitäten dieser Gefangenen zu unterbinden und geeignete Präventionsmaßnahmen oder Ausstiegshilfen anzubieten.
- Durch verstärkte entsprechende Fortbildung der Justizvollzugsbediensteten sollen die Anstrengungen beim Kampf gegen den Rechtsextremismus im Strafvollzug gestärkt werden.

Wiesbaden, 16. April 2013

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir